



Runder Tisch 'Illegaler Welpenhandel'

Runder Tisch "Illegaler Welpenhandel"
 Staatssekretärin Flachsbarth: "Das Treffen war ein vielversprechender Schritt im Kampf gegen ein schreckliches Geschäft."
 Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Maria Flachsbarth, hat ein positives Fazit der erstmals tagenden Expertenrunde zum Thema "Illegaler Welpenhandel" gezogen.
 "Mit dem heutigen Runden Tisch wurden erstmals die vorhandenen Erkenntnisse über den illegalen Hundehandel zusammengetragen. Dabei wurden auch mögliche Maßnahmen zur zusätzlichen Bekämpfung des illegalen Welpenhandels vorgeschlagen und erörtert, die es zu prüfen gilt. Das Treffen war ein vielversprechender Schritt im Kampf gegen ein schreckliches Geschäft."
 Der Runde Tisch ging zurück auf eine Initiative von Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft. Teilgenommen haben Vertreter aus Politik und Verwaltung, von Tierschutzverbänden, Vollzugsbehörden, dem Zoofachhandel, der Hundezucht und dem Tierheim Nürnberg. Hintergrund sind die immer wieder aufgedeckten Fälle des illegalen Handels mit Hunden, insbesondere mit Hundewelpen. Die Hunde stammen meist aus dem europäischen Ausland. Zucht, Handel und Transport finden unter tierschutzwidrigen Bedingungen und Verletzung tierseuchenrechtlicher Pflichten statt. So werden die Welpen viel zu früh von der Mutter abgesetzt, die Ausweisdokumente gefälscht, erforderliche Impfungen nicht durchgeführt und die Welpen schließlich ohne ausreichende Versorgung mit Futter und Wasser auf engem Raum transportiert. Kranke und verhaltensgestörte Hunde sind die Folge.
 "Wir müssen diesen illegalen Praktiken durch eine verbesserte Aufklärung der Hundekäufer und einen stärkeren Austausch von Verbänden, Behörden und Politik entgegenwirken. Viele Tiere sind nicht nur krank und verhaltensgestört, sondern verenden trotz bester tiermedizinischer Versorgung später oft bei ihren neuen Besitzern", sagte Flachsbarth. Auf der Internetseite des BMEL können sich potentielle Käufer bereits heute informieren. Auch Kampagnen und Initiativen der Tierschutzorganisationen haben schon viel Aufklärungsarbeit geleistet. Flachsbarth rief die zuständigen Behörden, aber auch die Bevölkerung zur Wachsamkeit für die Praktiken illegaler Hundeverkäufer auf. Wer mitbekommt, dass Tiere "aus dem Kofferraum heraus" zu "Schnäppchenpreisen" verkauft werden, solle rasch die Behörden informieren.
 "Wir müssen uns dem Problem mit vereinten Kräften stellen", sagte Flachsbarth. Zwar gibt es bereits weitreichende Vorschriften, um den Tierschutz beim gewerblichen Handel mit Hunden sicherzustellen und auch der Verbreitung von Tierseuchen vorzubeugen. Dennoch werden immer wieder Fälle des illegalen Hundehandels aufgedeckt, die Dunkelziffer ist vermutlich hoch. "Insgesamt 45 kleine Hunde befanden sich in völlig unzureichenden Behältnissen in dem Fahrzeug", meldete Anfang der Woche etwa die Bundespolizeiinspektion Chemnitz. Eine Abnahme derartiger Funde verspricht sich das BMEL von der Erweiterung der Erlaubnispflicht ab dem 1. August 2014. Demnach müssen Händler, die Tiere nach Deutschland einführen wollen, zuvor eine Erlaubnis bei den zuständigen deutschen Behörden beantragen.
 Informationen zum Problem des illegalen Welpenhandels unter:
 www.bmel.de/Illegaler-Welpenhandel
 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
 Rochusstraße 1
 53123 Bonn
 Telefon: +49 22899 529-0
 Telefax: +49 22899 529-3179
 Mail: poststelle@bmel.bund.de
 URL: <http://www.bmel.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

bmel.de
poststelle@bmel.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

bmel.de
poststelle@bmel.bund.de

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist innerhalb der Bundesregierung zuständig für verbraucher- und ernährungspolitische Fragen, die Lebensmittelsicherheit und das Veterinärwesen, den Tierschutz, Regelungen im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Marktpolitik, Angelegenheiten des ländlichen Raums, der agrarsozialen Sicherung sowie der Forst- und Fischereipolitik.